

„Sie sehen uns als Sklaven“

Textilindustrie Erstmals ziehen Arbeiter aus Asien gegen einen deutschen Konzern vor Gericht. Die Opfer eines Fabrikbrands wollen Entschädigung.

Als das Feuer in der Fabrik ausbrach, versuchte Mohammed Hanif, sich über den Notausgang im ersten Stock zu retten. Aber der war verschlossen. Er rannte zu einem Fenster, doch das Eisengitter davor gab nicht nach. Schließlich gelang es ihm, einen Teil der Lüftungsanlage aus der Wand zu brechen und aus dem Gebäude zu springen. Hanif überlebte, doch 260 Menschen starben.

Der Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises in Karatschi am 11. September 2012 war der schwerste Industrieunfall in der Geschichte Pakistans. Die Fabrik wurde zur Falle: Es gab kaum Fluchtwege. Bis

auf einen waren alle übrigen Notausgänge verriegelt.

Hanif ist „23 oder 24 Jahre alt“, so genau weiß er es nicht, „aber definitiv nicht älter“. Als er in der Fabrik anfang, war er zehn oder elf. Dem Brand entkam er mit einer Rauchvergiftung. Seitdem leidet Hanif unter Atemnot und Lähmungserscheinungen an Händen und Füßen. Zuvor hatte er so gut getanzt, dass er sogar im pakistanischen Fernsehen aufgetreten war. Das ist nun vorbei. Das Tanzen fehle ihm sehr, sagt er.

Zusammen mit über 200 Hinterbliebenen und Überlebenden hat Hanif einen Verband gegründet, um für eine gerechte Entschädigung zu kämpfen. Die Verantwortlichen sollten bestraft werden, „weil sie uns als Sklaven sehen“.

Verantwortlich ist für Hanif nicht nur der Manager der maroden Fabrik, sondern auch deren Auftraggeber. Deshalb hat er am vergangenen Freitag vor dem Landgericht Dortmund den deutschen Discounter Kik verklagt. Hanif und drei weitere Kläger verlangen jeweils 30 000 Euro Schadensersatz. In der Fabrik in Karatschi hatten die Arbeiter an „Okay“-Jeans von Kik genäht, bevor sie umkamen. In den Filialen des Billigkaufhauses wurden die Hosen für

15,99 Euro angeboten – preiswerte Ware, die die Näher teuer bezahlten.

Die Klage ist ein juristisches Novum. Noch nie hat es der Arbeiter eines asiatischen Zulieferers gewagt, einen deutschen Konzern vor ein deutsches Gericht zu bringen. Die Hürden dafür sind hoch. Es fehlt ein Gesetz, das die Haftung von Unternehmen entlang ihrer Lieferkette regelt. Anders als in Frankreich, wo das Parlament gerade eine solche Norm debattiert, belässt es die Bundesregierung bisher bei Selbstverpflichtungen. Sogar die 2014 in der EU eingeführte Berichtspflicht zu Umwelt- und Sozialstandards torpedierten die Deutschen jahrelang.

Zudem gibt es hierzulande keine Möglichkeit von Sammelklagen, jeder Einzelne muss vor Gericht ziehen. Logistisch seien zivilrechtliche Klagen für Opfer und Anwälte daher „schwer zu stemmen“, sagt Anwältin Miriam Saage-Maaß. Die Völkerrechtlerin arbeitet für die Berliner Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR).

Die Juristen des ECCHR hatten bereits 2010 Lidl erfolgreich abgemahnt, die Werbung mit fairen Arbeitsbedingungen zu unterlassen. Nun haben sie Kik auf dem

Kieker. Gemeinsam mit der Hilfsorganisation Medico International steht es den pakistanischen Klägern zur Seite.

Ob das Gericht die Klage überhaupt annimmt, ist schwer vorherzusagen. Weil das deutsche Recht hier einen blinden Fleck hat, mussten die ECCHR-Juristen den Umweg über das pakistanische Recht nehmen, um an die deutsche Billigkette heranzukommen. Juristisch ist das ein kompliziertes Manöver.

Doch Kik war nicht irgendein Auftraggeber für Ali Enterprises.

Ende 2011 seien 75 Prozent der Produktion in der pakistanischen Fabrik durch die Deutschen belegt gewesen, das hat der ehemalige Nachhaltigkeitsmanager der deutschen Textilkette schon früher bestätigt (SPIEGEL 43/2012). „Die Fabrik war scheinselfständig“, sagt Saage-Maaß, „tatsächlich war sie quasi ein Tochterunternehmen von Kik.“ Auch nach deutschem Recht, so die Juristin, habe der Geschäftsherr für seinen Verrichtungsgehilfen zu haften.

Dem SPIEGEL hatte Kiks Ex-Nachhaltigkeitsmanager Michael Arretz berichtet, ihm seien Mängel in der Fabrik bekannt gewesen, jedoch „keine gravierenden“. In



Brandopfer Hanif: Atemnot und Lähmung

Prüfberichten war allerdings von offenen Kabeln und unbeleuchteten Notausgängen die Rede. „Das Unternehmen hat dort fertigen lassen, ohne die Zustände in der Fabrik zur Kenntnis zu nehmen“, sagt der pakistanische Gewerkschafter Nasir Mansoor.

Etwas mulmig wurde es Kik nach dem Brand offenbar schon. 500 000 Dollar Soforthilfe stellte der Discounter zur Verfügung – knapp 2000 Dollar für jeden Toten. Später wurde die Summe auf eine Million Dollar erhöht, laut ECCHR sei das „nicht viel mehr als ein Almosen“. Mohammed Hanif bekam als Entschädigung bisher um-

gerechnet etwa 1100 Euro. Kik betont seit Längerem, die Opfer weiter unterstützen zu wollen. Einer der größten Posten im Etat „Außenwahrnehmung“ dürfte jedoch das Engagement eines neuen Kommunikationsberaters sein. Für Kik spricht seit Kurzem Michael Inacker von der PR-Firma WMP Eurocom, in deren Aufsichtsrat lange Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher saß. Inacker ist ein Wanderer zwischen den Welten. Mal war er Journalist bei der

„Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ und dem „Handelsblatt“, mal Lobbyist für Daimler. Inacker sagt, dass bei Ali Enterprises offenbar von Brandstiftung auszugehen sei und dies nun „eine andere Qualität der Ursache“ sei.

Was er nicht sagt: Notausgänge sollten auch bei Brandstiftung funktionieren. Was er auch nicht sagt: Die Quelle für den Verdacht auf Brandstiftung ist nach dem SPIEGEL vorliegenden Gerichtsdokumenten offenbar ein zwielichtiger Auftragskiller.

Wichtig ist dem PR-Mann vor allem eines: Kik, sagt er, sei ein Unternehmen mit einem „sympathischen Gesicht“.

Hasnain Kazim, Nils Klawitter